

WZB

Wiener Zeitschrift
für Bildungs- und Schulgeschichte

25 Jahre "WZB"
Editorial

"Schätze Bildung als Geschenk –
und nicht als Belastung"
Interview mit Elisabeth Fuchs

Bildung: Gestern – heute – morgen?
Erinnerungen und Gedanken
Interview mit Josef Pammer

"Ein Spalt in der Tür ..."
Aufbruch der jungen
AHS-Lehrerschaft in den
1970er Jahren
Von Gerhard Spangl



Impressum:

WZB – Wiener Zeitschrift für Bildungs- und Schulgeschichte
Jg. 2025 (33), Nr. 1 – September 2025

Früherer Titel:

WSM – Zeitschrift des Wiener Schulmuseums
(Jg. 1 - 1993 bis Jg. 24 - 2016)

Redaktionsleitung:

Dr. Oskar Achs
A-1020 Wien, Vorgartenstraße 158/3/22
E-Mail: oskar.achs@chello.at

Verleger:

Wiener Schulmuseum
p.A. Vorsitzender:
Dr. Wolfgang Reiter
A-1020 Wien, Zirkusgasse 22/10
E-Mail: wolfgang.reiter@aon.at

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich in zwei Ausgabenformen:

- a) Printausgabe
- b) Digitalausgabe (pdf)

Grafik:

Birgit Schuster
E-Mail: grafik@bischu.me

Covergestaltung:

PROJEKT21, Wien
Nach einer Cover-Illustration der „Wiener Fibel“ aus der Schulreformzeit
der 1920er Jahre von Franz Wacik (sogen. „Glöckel-Fibel“)

Bildnachweis:

Bildungsdirektion/Astrid Knie (S. 4), PID (S. 6), Privat (S. 7, 8), BMU (S. 9),
Gerhard Spangl (S. 14), Oskar Achs (S. 3), WSM (S. 15)

Offenlegung:

Die Blattlinie entspricht den Zielsetzungen des Vereinsstatuts.
Namentlich gezeichnete Beiträge
vertreten die Ansicht des Verfassers/der Verfasserin

Zuschriften:

Bitte an die Redaktionsadresse:
Dr. Oskar Achs
A-1020 Wien, Vorgartenstraße 158/3/22
E-Mail: oskar.achs@chello.at

Preis:

Einzelnummer: € 4,00
(für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten).
Jahresabonnement (für Nichtmitglieder): € 15,00
(inkl. Postgebühr, für Euro-Länder)

EDITORIAL

Als zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Kreise des Wiener Schulmuseums die Meinung vertreten wurde, dass man auch eine Zeitschrift benötige, die über den kleinen Kreis hinaus die pädagogische und schulpolitische Entwicklung darstellt und diskutiert, war ich gerne bereit, diese Arbeit zu übernehmen, die ich bis heute als Redaktionsleiter der WZB innehabe. Unterstützt wurde dieser Schritt auch dadurch, dass ich damals, nach 20 Jahren, meine Tätigkeit als Chefredakteur der "Freien Lehrerstimme" beendete. Unter meiner Leitung hatte sie eine Auflagenhöhe von 25.000 Stück und eine vierteljährliche Erscheinungsweise, sie gehörte damit zu den größten pädagogisch-progressiv orientierten Zeitschriften.



Zum 25-jährigen Bestand der „WZB“

Auch die Blattlinie der WZB war von Anfang an klar: überparteilich, reformorientiert und kritisch geführt, betrachtete sie Schule als eine wichtige Institution der Gesellschaft, als einen Teilbereich und als ein Abbild von ihr. Ihre Themen verkörperten den pädagogischen Teil der Wiener Moderne, die um 1900 in Wien begann.

Demgemäß lassen sich mehrere große Abschnitte in der Entwicklung der Schule erkennen: Otto Glöckel und die erste große Schulreform der 1920er Jahre, "Der Aufbruch in eine neue Zeit"; die dunklen Jahre der Gegenreformen 1934 bis 1945; die Wiederaufbauzeit nach 1945; die zweite große Schulreform unter Kreisky und Schnell in den 1970er Jahren und der technokratisch und neoliberal orientierte Wandel der Schule in der Gegenwart.

Zur Darstellung und zum besseren Verständnis dieser Entwicklung wurden neue Methoden der Vermittlung angewendet: das Interview, die Ausstellung und die Podiumsdiskussion. Die erste Zielsetzung wurde mit je einem Interview mit einer

handelnden Person pro Ausgabe erreicht. Unter meiner Kuratierung wurden drei Großausstellungen durchgeführt: die Glöckel-Ausstellung "Aufbruch in eine neue Zeit", eine Ausstellung über die Schule im 1. Weltkrieg und zur Friedenserziehung, sowie die Ausstellung "Schule im Spiegel der Zeit – 100 Jahre Wiener Stadtschulrat". Dazu kamen noch Führungen im Schulmuseum für Schulklassen und in der LehrerInnenbildung. Das intellektuelle Klima wurde erweitert durch die in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Stadt Wien in der Burggasse in zweijährlicher Folge durchgeführten, thematisch orientierten "Europäischen Bildungsgespräche".

Übergeordnetes Ziel dabei war, die Stellung Wiens als "eine Stadt des Kindes" und als ein Zentrum progressiver Pädagogik im neuen Europa darzustellen, zu diskutieren und auszubauen. Unsere Arbeit in den Schulklassen und im publizistischen Bereich wird zeigen, ob wir diesem Ziel, dem "Projekt der Moderne", näher gerückt sind.

Oskar Achs



"Schätze Bildung als Geschenk – und nicht als Belastung!"

Interview mit Bildungsdirektorin Elisabeth Fuchs

Seit Februar dieses Jahres hat das Wiener Schulwesen eine neue Leitung: Frau Hofrätin Elisabeth Fuchs MEd wurde neue Wiener Bildungsdirektorin. Ihr unterstehen damit die rund 30.000 Lehrerinnen und Lehrer Wiens, die – personell gesehen – den größten Betrieb auf Wiener Boden bilden.

Die neue Bildungsdirektorin ist eine "geborene Wienerin" und hat darüber hinaus auf ihrem schulischen und beruflichen Lebensweg das Wiener Bildungswesen von innen und außen kennengelernt.

Ihre fachliche Ausbildung zur Lehrerin erfolgte an der Pädagogischen Akademie, anschließend war sie als Volksschullehrerin, Volksschuldirektorin und Bezirksschulinspektorin tätig. Nach der Verwaltungsreform 2017 wurde sie Schulqualitätsmanagerin und schließlich Leiterin der Bildungsregion Ost.

Elisabeth Fuchs hat als Kind und Jugendliche, das die Wiener Schule persönlich erlebt, als berufstätige Frau an Wiener Schulen unterrichtet und zuletzt das Wiener Schulwesen mitverwaltet und mitgestaltet. Für die WZB war ihre Berufung an die Spitze des Wiener Schulwesens Anlass, um mit ihr über ihre Vorstellungen zur Lage und Zukunft der Schule in Wien und Österreich zu sprechen.

Das Interview für die WZB führte Redaktionsleiter Oskar Achs, es erfolgte vor Beginn des Schuljahres 2025/26.

Schülerin zweier Bildungswelten

WZB: Frau Bildungsdirektorin Fuchs, waren Sie als Schülerin ein "braves Mädchen"?

FUCHS: Na ja, ich hatte da meine eigene Methode für den Schulbetrieb: Zu Beginn eines Schuljahres legte ich mich immer richtig ins Zeug, strebte danach, die besten Noten zu erreichen. Wenn ich um die Mitte des Schuljahres dann sah, dass ich nicht mehr gefährdet werden konnte, da habe ich schon hie und da die schönen Seiten des Schullebens genossen. Dazu kam, dass meine Schulzeit in die 1970er Jahre fiel, die eine stark prägende Epoche waren. Ich erlebte den gesellschaftlichen und den pädagogischen Wechsel dieser Zeit als Jugendliche hautnah mit.

WZB: Wie verlief ihre Volksschulzeit?

FUCHS: Sie war noch durch den Geist der "alten Schule" bestimmt: Ich besuchte eine reine

Mädchenklasse, die Koedukation war damals auch in Wien noch nicht an allen Schulen üblich. Sogar die Schulgebäude waren für Buben und Mädchen getrennt.

Der Schultag begann mit einem Schulgebet, in den Pausen blieb man auf seinem Sessel sitzen. Alles war streng geregelt: 9 Uhr Klopause, 10 Uhr Esspause. Nur in Notfällen durfte man "hinausgehen" und musste dafür als Zeichen drei Finger in die Höhe strecken. Im Unterricht wurde im Chor gelesen und der vorgebrachte Lernstoff auswendig nachgesagt. Ich hatte das Gefühl, wenn alles nach Plan ablief, dann konnte man die Klassenlehrerin glücklich machen. So gesehen war ich natürlich ein "braves Mädchen".

WZB: In Alter von zehn Jahren erfolgte dann die zweite Aufteilung der Kinder: vordergründig nach Intelligenz, in der Realität nach sozialen Gründen. Es gab die große Gruppe derjenigen Kinder, die weiterhin die Pflichtschule (Hauptschule, geteilt in zwei Klassenzüge) und die kleinere Gruppe derjenigen, die eine achtjährige höhere Schule (Gymnasium oder Realgymnasium) besuchten.

FUCHS: Für mich war der Schulwechsel damals vor allem ein Akt der Befreiung und des Auflebens. Ich hatte das Glück, die neu erbaute Schule auf der Schmelz besuchen zu können. Die Direktorin Pavlik und ihre Nachfolgerinnen waren progressive Pädagoginnen und bemüht, unterstützt von einigen jüngeren Professorinnen und Professoren, den neuen Geist der 1970er Jahre auch in die Klassenzimmer einziehen zu lassen.

Die Schule wurde bereits koedukativ geführt, die Ära Kreisky brachte ja ihre gesetzliche Einführung im Schulbereich. In den Klassenzimmern saßen Knaben und Mädchen nunmehr nebeneinander. Mein neues Schulgebäude hatte als Mittelpunkt eine große Aula. Hier kamen in den Pausen Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen zusammen. Sie redeten, lachten und diskutierten miteinander, und manchmal gab es dabei auch jugendlichen Unsinn und Irrsinn. Im Unterricht wurden neben den traditionellen Inhalten auch neue Themenbereiche und Inhalte wie Zeitgeschichte und aktuelle Fragen behandelt. Politische Bildung, Medienbildung und Sexualerziehung erhielten entsprechenden Raum. Besondere Bedeutung bekamen Mitsprache und Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler. Auch ich war eine Zeitlang als Klassensprecherin tätig.

Das Leben zog so in die Schule ein – das Leben, wie es wirklich war und kein "geistiger Hochnebel". Die Schmelz wurde dadurch für mich zu einem

Vorbild und zu einem "Wiener Modell" der neuen Schule – möglich auch im AHS-Bereich. Für mich war diese Zeit wohl ein erster Anstoß, Lehrerin zu werden.

WZB: Wie erfolgte ihre Ausbildung?

FUCHS: Ich besuchte die Pädagogische Akademie (heute Pädagogische Hochschule), Die hervorragendsten Lehrer und Lehrerinnen dieser Zeit unterrichteten hier. Ich denke da etwa an den Soziologen Professor Norbert Kutalek, der uns oft unbedarften Maturantinnen und Maturanten Gesellschaft und Sozialisation zu analysieren und zu verstehen lernte; ich denke da etwa an Professor Dratwa, der uns die Methodik des Grundschulunterrichts vermittelte.

WZB: Wie erfolgte ihre Anstellung und ihre Junglehrerinnenzeit?

FUCHS: Nach einer kurzen Wartezeit – die aber für mich sehr lang dauerte – wurde ich endlich in Wien als Volksschullehrerin angestellt. Ich war überglücklich. Aber erst im zweiten Dienstjahr erhielt ich endlich meine eigene "fixe Klasse". Begeistert und voller Freude begann ich meine Arbeit mit "meinen Kindern".

Wenn ich aber heute mit Kolleginnen und Kollegen zusammenkomme, so muss ich feststellen, dass sich ein Wandel vollzogen hat: Man hört nur selten begeisterte Worte über die Schule. Eine Klassenführung ist nicht für alle LehrerInnen das Ziel. Die Tätigkeit des Klassenvorstands ist nicht mehr so beliebt, was unter anderem mit der hohen Belastung mit administrativen Arbeiten zu tun hat. Leider wird Bildung und Schule auch in vielen Medien nur mehr negativ dargestellt.

Eine neue Tafel und drei Aufgabebereiche für die Schule von heute

WZB: Im Wiener Schulmuseum gibt es noch eine alte Wandtafel, die in den Schulen der Habsburgermonarchie auf den Gängen aufgehängt wurde. Sie bestand nur aus zwei Worten, die aber den Geist dieser vergangenen Zeit gut ausdrückten: "Langsam – schweigend". Frau Bildungsdirektorin, was sollte auf einer solchen Tafel heute stehen?

FUCHS: Das ist eine gute Frage (lacht. Nach einer Denkpause): Ich würde schreiben "Schätze Bildung als Geschenk – und nicht als Belastung!"

WZB: Welche drei Zielsetzungen halten Sie für die Schule von heute als für besonders wichtig?

FUCHS: Ich möchte mich dabei auf die drei Gruppen von Menschen beziehen, die für mich zur Schule als Institution gehören.

An erster Stelle steht für mich die Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Durch die Schulpflicht haben sie ein Anrecht darauf, altersgemäß und fair behandelt zu werden. Die Gleichheit der Bildungschancen ist ein wesentlicher Faktor für diese Gruppe.

Die zweite Gruppe umfasst alle Pädagoginnen und Pädagogen. Hier geht es mir vor allem darum, das Ansehen und Prestige dieser Berufsgruppe in der Öffentlichkeit wieder zu heben. Dies muss aber auch von innen her erfolgen, dh. dass die Pädagoginnen und Pädagogen zu Experten im Bereich der Bildung und des Unterrichtens werden und als solche anerkannt werden. Dazu gehört auch die Bereitschaft, neue Erkenntnisse und neue Entwicklungen aufzunehmen, etwa durch zeitgemäße Fortbildungsmöglichkeiten für die Lehrerschaft.

WZB: Könnten Sie dies vielleicht anhand eines konkreten Beispiels aufzeigen?

FUCHS: Die Herausforderungen der Zukunft kann aus meiner Sicht nicht auf Dauer mit dem herkömmlichen Fachunterricht in der Sekundarstufe begegnet werden. Es wird daher in Zukunft zu einem eher projektorientierten oder fächerübergreifenden Unterricht kommen müssen. Dieser "Abschied vom Fachunterricht" wird die gesamte Mittelstufe betreffen. In der Sekundarstufe II müsste man sich dann mehr dem Fachunterricht widmen, entsprechend der Vielfalt der Typenformen dieser Schulen der 14- bis 18-Jährigen.

Diese pädagogische und auch gesellschaftlich bestimmte Entwicklung bringt andererseits wieder die Mittelstufe in Richtung zu einer Gemeinschaftsschule für alle Kinder in Bewegung. Es sollte daher im Rahmen der gesetzlichen Regelungen zu einer Entwicklung in Richtung einer gemeinsamen Schule der 6 – 14-Jährigen gehen.

Schließlich darf man noch auf einen weiteren Bereich nicht vergessen, der für mich ein besonderes Anliegen darstellt: die Sonderpädagogik. Hier bedarf es gemeinsamer Anstrengungen in Richtung einer inklusiven Schule.

WZB: Worauf bezieht sich die zuvor genannte dritte Gruppe aller im Schulbereich Tätigen?

FUCHS: Zur dritten Gruppe gehören alle im Schulbereich nicht pädagogisch tätigen Personen, also das gesamte Nicht-Lehrer-Personal, wie zum

Beispiel FreizeitpädagogInnen oder SchulpsychologInnen. Auch hier ist es durch die diversen Krisen in letzter Zeit zu vermehrten Anforderungen gekommen.

Die Schulbürokratie hat darüber hinaus auch eine besondere Aufgabe: Die Akten dürfen von ihr nicht nur als totes Papier betrachtet werden, denn zu jedem Akt gehört auch ein Kind oder ein Jugendlicher, der in unserer Stadt lebt.

... und die Schulpolitik?

WZB: Wie sehen Sie die gegenwärtige Entwicklung im Bereich der Schulpolitik?

FUCHS: Auch hier hat es in der letzten Zeit Veränderungen gegeben. Die NEOS sind nach Wien nunmehr auch im Bund von einer Oppositionspartei zu einer Mitregierungspartei geworden. Da sie im Bildungs- und Kulturbereich progressive Anschauungen vertreten, die sich teilweise mit denen der Sozialdemokratie gut vereinen lassen, wird die bisherige Zusammenarbeit sicher erfolgreich fortgeführt werden können.

WZB: Frau Bildungsdirektorin Fuchs, wir danken für das Gespräch.



Wiens Bildung in weiblicher Hand: Bildungsdirektorin Elisabeth Fuchs (SPÖ) und Bildungsstadträtin VBMin Bettina Emminger (NEOS).

Schule: Gestern – heute – morgen?

Erinnerungen und Gedanken eines Gewerkschafts- und Personalvertreters



Mag. Dr. Josef Pammer MMA begeht im kommenden Jahr seinen 80. Geburtstag. Für die WZB war dies ein willkommener Anlass, mit dem rüstigen 80-jährigen als Zeitzeugen über sein Leben und seine Erfahrungen im Schulbereich zu sprechen. Das Gespräch wurde von WZB-Redaktionsleiter Oskar Achs geführt.

Josef Pammer wurde 1946 in Wien geboren. Seine pädagogische Ausbildung erhielt er an der katholischen Lehrerbildungsanstalt für Knaben in Wien 18, Scheidlstraße, die damals als Halbinternatsschule geführt wurde. 1968 trat er als Landeslehrer in den Schuldienst der Stadt Wien ein. Zu seinem pädagogischen Interesse, das besonders der Mathematik und dem Mathematikunterricht galt, kam bald auch die Beratung seiner Kollegen und Kolleginnen in dienstrechtlichen Fragen hinzu – der junge Lehrer wurde Personalvertreter und Lehrer-gewerkschafter. Schulpolitisch wurde er im sozialdemokratischen Lehrerverein, dem "Zentralverein der Wiener Lehrerschaft", aktiv, der zu seiner bildungspolitischen Heimat wurde. 1990 wurde Josef Pammer zum Bezirksschulinspektor für den Bezirk Favoriten ernannt – eine Tätigkeit, die er bis zu seiner Pensionierung 20 Jahre lang ausübte.

Seine persönliche Bildung erweiterte Josef Pammer durch ein Studium an der Wiener Universität, das er neben seiner beruflichen Tätigkeit durchführte und das er mit einem Doktorat sowie mit der Lehramtsprüfung für höhere Schulen (Geschichte,

Phil. Einführungsunterricht) abschloss. Weitere zwei Masterstudien absolvierte er im Ruhestand.

Schule heute: Eine neue Bürokratie-Welle rollt

WZB: Herr Pammer, vor mehr als 50 Jahren erfolgte Ihr Dienstantritt als Pflichtschullehrer in Wien. Welche Veränderungen, die in dieser Zeit im Schulbereich erfolgt sind, halten Sie für besonders bedeutsam?

Pammer: Alle zahlreichen Veränderungen aufzuzählen, würde den Rahmen dieses Gesprächs sprengen. Ich möchte mich daher auf das für mich Wesentliche beschränken. So halte ich zB. als ein markantes Zeichen für die gegenwärtige Situation das Faktum, dass es kaum mehr Bewerbungen für neu zu besetzende Dienstposten als Schulleiterin und als Schulleiter gibt!

WZB: Warum ist das so?

Pammer: Ein wesentlicher Grund liegt meiner Meinung nach darin, dass etwa seit 2000 die SchulleiterInnen, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer, zunehmend mit administrativen Tätigkeiten regelrecht "zugeschüttet" werden. Ihre eigentliche Aufgabe, die pädagogische Leitung der Schule bzw. die pädagogische Gestaltung des Unterrichts durchzuführen, wurde dadurch kaum mehr möglich. Listen, Tabellen, Erhebungen, Meldungen, Tests, Rankings uam. sind zu bestimmenden Tätigkeiten geworden. Diese Entwicklung wurde durch die Digitalisierung des Schulwesens, die ua. eine direkte Zugriffsmöglichkeit des Bildungsministeriums auf jede einzelne Schule möglich macht, unterstützt und weiter vorangetrieben.

Dadurch hat sich der Schwerpunkt der Tätigkeit der Pädagoginnen und Pädagogen vom pädagogischen Gestalten der Schule zu einem administrativen Verwalten verlagert. Diese Veränderung erleben die älteren Pädagoginnen und Pädagogen von heute "hautnah" mit. Die jüngere Generation der LehrerInnen ist hingegen bereits mit diesen neuen Verhältnissen aufgewachsen und nimmt sie als ein neues Verständnis von Schule hin.

*Initiative für die Schulreform:
Gewerkschaftsführer Josef
Pammer überreicht im Parlament
eine Unterschriftensammlung der
Lehrerschaft an Nationalratspräsidenten
Heinz Fischer und SPÖ-Schulsprecher
Hans Matzenauer (Oktober 1989).*



Ein bleibender Eindruck: Die große Schulreform der 1970er Jahre

WZB: Herr Pammer, Sie waren in den 1970er Jahren bereits als Lehrgewerkschafter und Personalvertreter sowie im sozialdemokratischen Lehrerverein aktiv. Wie erlebten Sie diese Zeit?

Pammer: Auf einen Satz reduziert: Es waren Jahre der persönlichen Mitwirkung und des pädagogischen Aufbruchs! Die bildungspolitischen Reformen unter Bundeskanzler Bruno Kreisky und Unterrichtsminister Fred Sinowatz sowie unter dem Stadtschulratspräsidenten Hermann Schnell in Wien boten in den 1970er und 80er Jahren engagierten Lehrerinnen und Lehrern in verschiedenen Organisationen und autonomen Gruppen die Möglichkeit, an der Gestaltung der Bildungspolitik und des Schullebens mitzuwirken. Die Schulreformbewegung dieser Zeit war nicht nur eine "Reform von oben" sondern auch eine "Reform von unten".

WZB: Könnten Sie dies anhand eines Beispiels aufzeigen?

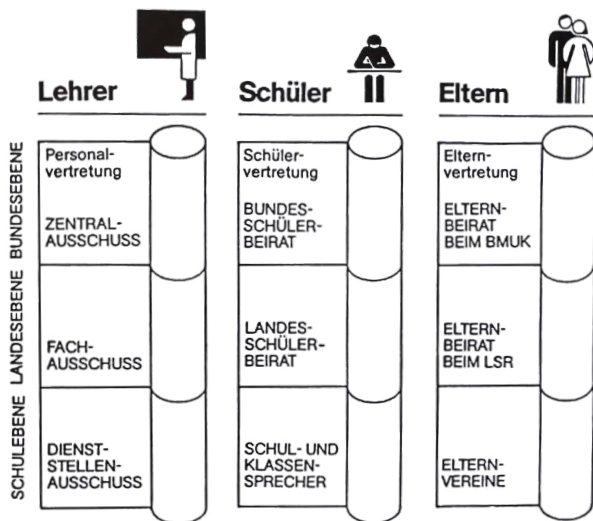
Pammer: Ein Beispiel dafür ist das Schulunterrichtsgesetz 1974 (SchUG 1974), das den inneren Betrieb unserer Schulen regelt. Bereits im Vorfeld des offiziellen Begutachtungsverfahrens erhielten wir Informationen darüber und konnten unsere Vorstellung einer demokratisch organisierten und sozial gerechten Schule auf allen Ebenen einbringen. Umfangreiche Diskussionen und ein lebendiges pädagogisches Leben entwickelten sich. Bis heute gültige Bestimmungen über die Demokratisierung der Schule, über die Mitbestimmung von Lehrern, Schülern und Eltern im Schulbereich, wurden damals maßgeblich von uns mitentwickelt. Wir – man nannte uns damals "Die Jungen" – eine Bezeichnung, die in Anlehnung an die revolutionäre Junglehrer-Bewegung in Wien um 1900 verwendet

wurde – pflegten unsere Kontakte meist in persönlicher Form. Handy, Internet und SMS waren damals noch nicht im Gebrauch. Dennoch waren wir mit Vertretern maßgeblicher Institutionen und der Schulverwaltung in regem Meinungsaustausch. Dazu gehörten Ministerium und Stadtschulrat (heute Bildungsdirektion), Parlamentsklub und Wiener Landesregierung, Pädagogische Akademie (heute PH) uam. In der Lehrerschaft bildeten sich zahlreiche Arbeitsgemeinschaften. Mengen von neuerer und älterer pädagogischer Fachliteratur wurden damals von uns verschlungen.

WZB: Wie sehen Sie als Gewerkschafter diese Schulreformepoche heute?

Pammer: In den 1970er Jahren hatte Bildung einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft. Ebenso wurden die dafür notwendigen finanziellen Ressourcen von Staat und Stadt zur Verfügung gestellt. Für pädagogische und strukturelle Innovationen, wie für die Durchführung von zahlreichen Schulversuchen, gab es ausreichend Mittel und Dienstposten. Am Schulversuch "Integrierte Gesamtschule", der die Verwirklichung einer gemeinsamen Mittelstufe als Zielsetzung hatte, beteiligten sich allein in Wien 11 Schulen!

Es war dies ein Paradigmenwechsel nach den langen Jahren des Wiederaufbaus von 1945 und der Vorherrschaft einer erzkonservativen ÖVP-Regierung. War es in den 1920er Jahren der Ersten Republik unter Otto Glöckel zu einem ersten großen Reformschub im Bildungs- und Schulbereich gekommen, so folgte nun, 50 Jahre später, mit Kreisky und Schnell ein zweiter großer Reformschub. Die 1970er Jahre waren ein "sozialdemokratisches Jahrzehnt", manche sprechen auch von einem "Goldenen Jahrzehnt der Bildungspolitik".



*Demokratisierung der Schule:
Die Mitbestimmung von LehrerInnen,
SchülerInnen und Eltern wird erstmals
im Schulrecht gesetzlich verankert
(Schulunterrichtsgesetz 1974)*

Reformpädagogik, Schulbürokratie und Stadtschulrat

WZB: Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit den Institutionen in der Praxis?

Pammer: Über viele Jahre hindurch – bis 1992 – waren die Präsidenten des SSRW (Zechner, Neubauer, Schnell und Matzenauer) gleichzeitig Abgeordnete zum Nationalrat und konnten somit auch an der Gestaltung der Bildungspolitik auf parlamentarischer Ebene entscheidend mitwirken. Diese "Personalunion" trug zur starken Stellung der Stadt Wien in der Schulpolitik wesentlich bei.

Für uns, also für die Personalvertretung, war der Kontakt mit dem Stadtschulrat in der Regel partnerschaftlich und effizient. Die leitenden MitarbeiterInnen der Wiener Schulverwaltung kamen größtenteils aus dem schulischen Bereich und hatten ebenfalls Interesse an bildungspolitischen Innovationen. Ich denke da etwa an Karl Sretenovic, den Leiter der Abteilung 1 des SSRW (Pflichtschule), Ernst Novotny, den Leiter der Abteilung 2 (AHS) und an Horst Schön, den Leiter der Abteilung 3 (berufsbildendes Schulwesen). Sie alle hatten Verständnis für die Anliegen der LehrerInnen und SchulleiterInnen vor Ort, besaßen ein umfassendes Wissen und waren vor allem sichtbar und greifbar.

Auch mit den Landes- und BezirksschulinspektorInnen (heute Bildungsdirektion, Abteilungsleitungen und ihre "Stäbe" (ein Ausdruck übrigens, der aus dem militärischen Bereich kommt und wohl analog zu dem Begriff der "ABC-Schützen" in den ersten Klassen gedacht war) fanden zahlreiche Gespräche über Probleme des Schulalltags, Wünsche der Lehrerschaft oder Stellungnahmen zu Regierungsvorlagen statt. Unsere Verhandlungen verliefen stets auf Augenhöhe, in partnerschaftlicher

Weise wurden Ergebnisse einvernehmlich erreicht und waren in der Regel kompromissorientiert.

Eine wichtige Funktion in diesem gewachsenen System der gegenseitigen Information und Kooperation zwischen Stadtschulrat, Schulen und Elternschaft kam auch den BezirksschulinspektorInnen zu (heute SchulqualitätsmanagerInnen – ein Begriff aus dem wirtschaftlichen Leben und Denken). Sie waren ehemalige LehrerInnen oder SchulleiterInnen und hatten ihren Amtssitz meist im Amtshaus des jeweiligen Bezirks. Sie verfügten über pädagogische, legistische und organisatorische Kompetenzen und konnten so Probleme vor Ort unmittelbar und situationsgerecht lösen. Ihre monatlichen Besprechungen (die BAG/Arbeitsgemeinschaft der BezirksschulinspektorInnen) sowie die Arbeitsgemeinschaften der Lehrerinnen und Lehrer (in den Bezirken und zentral am Pädagogischen Institut der Stadt Wien in der Burggasse (heute aufgelöst) dienten dem Erfahrungsaustausch, der Koordination von Innovationen und der Lösung von Problemen des Schulalltags. In all diesen Institutionen war die Personalvertretung als gewählte Vertretung der Lehrerschaft eingebunden, ebenso auch in der Einhaltung einer gesetzeskonformen Umsetzung in der Praxis.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1967 hatten in Wien fast 40 Jahre (bis 2009) Sozialdemokraten den Vorsitz im Zentralschulrat der Pflichtschullehrerschaft inne. Von 2009 bis 2024 ging die Mehrheit an die ÖVP-Vertreter über. Bei den letzten Personalvertretungswahlen 2024 gewannen mit dem Team Karin Medits-Steiner die Sozialdemokraten wieder die Mehrheit im Zentralschulrat der Wiener Landes-Lehrerschaft zurück. In einer seit Jahren anhaltenden Phase des Rechtsrucks und einer konservativen Bildungspolitik ist dieses Wahlergebnis besonders beachtenswert.

Sozialdemokratische Schulpolitik und Lehrerschaft

WZB: Es wird manchmal die Ansicht vertreten, dass sozialdemokratisch orientierte Schulpolitik pädagogische und finanzielle Nachteile und Erschwernisse für die LehrerInnen bringt. Kann sozialdemokratische Bildungs- und Schulpolitik auch Verbesserungen für die Lehrerschaft bewirken?

Pammer: Zweifellos! Auch hier kann ich nur auf einige Beispiele eingehen, die Auswahl bedeutet keine Wertigkeit. Eine der wichtigsten Änderungen war die qualitative Verbesserung der Ausbildung und die damit verbundene Anhebung der Besoldung. Die über viele Jahrzehnte bestehende Lehrerausbildung in Lehrerbildungsanstalten, kurz LBA genannt, wurde durch die Pädagogischen Akademien (heute Pädagogische Hochschulen) abgelöst. Parallel dazu wurden die neuen Verwendungsgruppen L2a1 und L2a2 eingeführt, womit eine deutliche Einkommenssteigerung verbunden war.

Um den auch damals bestehenden Mangel an Lehrern und Lehrerinnen zu beheben, wurden in der Regierungszeit Bruno Kreiskys die Anfangsgehälter der jungen LehrerInnen deutlich erhöht: Sie konnten gleich mit einer höheren Gehaltsstufe ihren Dienst beginnen.

Eine weitere besoldungsrechtliche Neuerung war die Ruhegenussfähigkeit der Mehrdienstleistungen. Das bedeutet bis heute, dass Mehrdienstleistungen den Anspruch auf eine Zulage in der Pension begründen. Die Bedeutung dieser "Nebengebührensulage" haben viele KollegInnen erst mit dem Antritt ihrer Pension erkannt und zu schätzen gewusst. Diese Zulage gilt für die verbliebenen pragmatisierten LehrerInnen auch noch heute, wurde aber 2000 stark reduziert.

Eine ebenfalls bis heute existierende Neuerung war die Einführung der 5-Tage-Schulwoche. An den damit verbundenen oftmals sehr divergenten Standpunkten wirkten Gewerkschaft und Personalvertretung vermittelnd und gestaltend mit.

Die Gegenreform kam in kleinen Schritten

WZB: Die Integration von Migrantenkindern war damals für die LehrerInnen ein neues Feld. Wie reagierte die Schulpolitik darauf?

Pammer: In den 1990er Jahren besuchte eine steigende Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund unsere Schulen.

Wien entwickelte zur Integration dieser SchülerInnen das Modell der BegleitlehrerInnen, um die KlassenlehrerInnen, für die diese Situation neu war, zu unterstützen. Kinder mit zu geringen Deutschkenntnissen wurden stundenweise in Kleingruppen unterrichtsbegleitend mit speziellen Sprachprogrammen beschult. Eine andere Möglichkeit war die integrative Hilfestellung durch die BegleitlehrerInnen. Bald wurde dieses Modell auch auf die Sekundarstufe I erweitert. Dafür wurden zusätzliche LehrerInnen nach einem Zuteilungsschlüssel den Schulen zugewiesen.

Der zunehmende Spardruck ab 2000 und die ständig steigende Zahl von Migrantenkindern (ich verwende hier diesen Begriff wegen der besseren Aussagekraft) steigerte zwangsläufig die Belastung der Schulen. Oft mussten BegleitlehrerInnen oder TeamlehrerInnen statt ihrer eigentlichen Tätigkeit für fehlende LehrerInnen einspringen.

Mit der steigenden Zahl von Migrantenkindern stellte sich bald die zentrale Frage der Verteilung. Anfangs wurde die harmonische Durchmischung von österreichischen Kindern und Migrantenkindern angestrebt, "Ausländerklassen" sollten vermieden werden.

Wenn allerdings in einem Jahrgang von 101 SchulanfängerInnen nur vier österreichische Kinder eingeschrieben wurden (kein fiktiver Fall!), dann war es im Interesse dieser vier Kinder, in einer Klasse beisammen zu sein. Dadurch ergaben sich zwangsläufig drei Klassen mit ausschließlich Migrantenkindern, für manche sozialdemokratische FunktionärInnen eine nicht vertretbare Lösung. Aber sie hatten keine Alternativen.

Auch die katholisch-konservative Seite hatte keine brauchbaren Lösungsvorschläge. Ebenso erwiesen sich die von der schwarz-blauen Koalitionsregierung unter Kurz eingeführten Maßnahmen als nicht brauchbar, brachten aber einen Rechtsruck.

In den 2000er Jahren stieg die Zahl von Klassen mit ausschließlich Migrantenkindern. Sie wurden an sogenannten Brennpunktschulen mangels österreichischer Kinder zur Norm – sowohl in der Primarstufe als auch in der Sekundarstufe I.

Insbesondere die Migrationswelle 2015 (Syrien-Krise) und der Familiennachzug verstärkten das Problem massiv und brachten die LehrerInnen durch den ständigen Mangel an Begleit- oder TeamlehrerInnen für unterstützende Maßnahmen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.



*Beispielhafter Unterricht
heute in Migrationsklassen:
Das Plakat für den Film "Favoriten".*

Heute: Ich bin und bleibe ein Optimist

WZB: Schule ist immer Teilbereich und Abbild der Gesellschaft. Wie wirkten sich neoliberale Vorstellungen und Zielsetzungen konkret im österreichischen Schulwesen aus?

Pammer: Wurde die Reformpädagogik der 1970er und 80er Jahre vor allem von der sozialdemokratisch orientierten Schulpolitik getragen, so erfolgte ab den 1990er Jahren ein schrittweiser Strukturwandel in Richtung Neoliberalismus.

WZB: Der Begriff Neoliberalismus wird oft unterschiedlich gebraucht.

Pammer: Ein durchgängiges Prinzip des Neoliberalismus ist für mich die Ausrichtung des Staates nach marktwirtschaftlichen Kriterien: "Weniger Staat – mehr privat". Bildung im Neoliberalismus wurde zur Ware, der Begriff "Humankapital" zum Kürzel dieser Politik.

WZB: Was bedeutete diese Richtung für die Schule?

Pammer: In Österreich wurden im Unterrichtsreich die Rahmenlehrpläne, die eine "Pädagogik vom Kinde aus" ermöglichen sollten, durch die neoliberale Dreieit von "Bildungsstandard, Test und Ranking" ersetzt.

Ergänzend dazu sollen Lernprozesse und Lernerfolge der Schülerinnen und Schüler mittels in regelmäßigen Abständen durchgeführten PISA-Tests (im Sinne einer Input-Output-Erhebung) im Schulbereich europaweit kontrolliert werden.

Obwohl auch einzelne sozialdemokratische Politiker diese technokratische Wende anfänglich unterstützten, zeigte sich im Laufe der Zeit, dass weder die neue Schulbürokratie, das "New Public Management", noch das "neue pädagogische Expertentum" die im Schulalltag auftretenden Probleme und Krisen zufriedenstellend lösen konnten, sondern dabei versagten.

Dass trotz Migrationskrise, Coronakrise, Klimakrise und Finanzkrisen der Schulunterricht halbwegs durchgeführt werden konnte, ist meiner Meinung nach vor allem den aufopfernden Bemühungen der Lehrer- und SchulleiterInnen zu verdanken.

Dennoch bin und bleibe ich ein Optimist. Ein Film, den ich kürzlich gesehen habe, bestärkt mich dabei. Von einer hervorragenden Regisseurin produziert, zeigt er eine junge Volksschullehrerin in einer Migrationsklasse bei ihrem Unterricht in Favoriten. Der Film vermittelt, dass Schule – wie in den 1920er Jahren unter Glöckel und in den 1970er Jahren unter Kreisky und Schnell – wieder zu einem "Tor der Zukunft" werden kann.

Und es freut mich zusätzlich, dass dieser Film "Favoriten" heißt und jener Bezirk ist, dessen Schulen ich früher 20 Jahre lang leiten durfte.

WZB: Herr Pammer, wir danken für das Gespräch.

"Ein Spalt in der Tür..." Erinnerungen an den Aufbruch der jungen AHS-Lehrerschaft in den 1970er- und 80er-Jahren

Von Gerhard Spangl

Kindheit und Studienzeit

Ich wurde 1950 in Mistelbach geboren und wuchs im nördlichen Niederösterreich am sogenannten "Eisernen Vorhang" auf, wo ich die Volksschule in Reintal besuchte. Nach meinem Übertritt in die 1. Klasse der Hauptschule Poysdorf empfahl mein Direktor auf Grund meiner guten schulischen Leistungen meinen Eltern, dass ich eine AHS besuchen sollte. Auf Grund der weiten Entfernung von meinem Wohnort war jedoch der Besuch einer höheren Schule für mich nur dann möglich, wenn diese auch ein angeschlossenes Vollinternat führte. Eine solche Möglichkeit gab es aber ~~fast~~ nur bei katholischen Privatschulen.

Die nächste außerhalb unserer Wohngegend gelegene höhere Schule mit Vollinternat hatte jedoch wegen angeblicher sexueller Vorfälle keinen guten Ruf. Meine Mutter erkämpfte deshalb im staatlichen Bundeskonvikt Wien, das im 2. Bezirk gelegen war, einen Schulplatz für mich.

Im Bundeskonvikt verbrachte ich meine acht Schuljahre bis zur Matura. Mitschüler in meiner Klasse war Manfred Aineder, der später als prominenter Verteidiger große Beachtung in den Medien fand. Nach meiner Schulzeit studierte ich an der Wiener Universität die Fächer Deutsch, Geschichte und Philosophie. Mit der Lehramtsprüfung für höhere Schulen schloss ich mein Studium ab und trat anschließend als Bundeslehrer in den Wiener Schuldienst ein.

Aus der Anfangszeit der "Politischen Bildung"

Zu dieser Zeit war die "68er Rebellion" der Jugend voll im Gange. Auch mein Interesse galt der Politik. Eine in der Öffentlichkeit und im Schulbereich heftig diskutierte Thema war damals die Einführung eines neuen Unterrichtsgegenstandes, nämlich der "Politischen Bildung".

Eröffnungskonferenz für das Schuljahr 1979/80: Unter dem Punkt "Allfälliges" referierte ich über die an meiner Dienststelle (Gymnasium Rosasgasse in

Wien-Meidling) erstmals angebotene "Unverbindliche Übung Politische Bildung" für Schüler der 7. und 8. Klassen. (Schülerinnen fanden sich zu diesem Zeitpunkt nur in der Unterstufe, da die Koedukation erst 1975 verpflichtend eingeführt worden war.)

Der Direktor versuchte sich gegen mögliche Kritik aus dem Lehrkörper bzw. von Seiten der Elternschaft an dieser "politischen Neueinführung" "abzusichern", indem er von mir eine haarkleine Darlegung meiner Jahresplanung und vor allem die Bekanntgabe meiner dabei verwendeten Unterrichtsbehelfen vor dem LehrerInnenkollegium verlangte – war doch seit der Wiederaufbauzeit von 1945 das Verständnis von Politik und des Umgangs mit ihr in den meisten Schulen recht gespalten.

Einerseits war die Institution Schule parteipolitisch durchstrukturiert (vgl. dazu die parteipolitisch motivierte Besetzung von Direktorenposten oder die Tätigkeit eines der SPÖ bzw. eines der ÖVP nahestehenden Personalreferenten). Andererseits bestand in der Öffentlichkeit angesichts der noch nicht allzu lange zurückliegenden Studentenunruhen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre wenig Interesse an einer "Allgemeinbildung" über Politik. Über Ersteres schwieg man lieber, und Zweiteres barg die Gefahr jugendlicher Aufmüpfigkeit und Umstürze. Politik im Allgemeinen bzw. politische Bewusstseinsbildung im Besonderen galt daher vielen als Störfaktor im Unterrichtsgeschehen.

Nun gab es für Österreichs Schulen den neuen "Grundsatzterlass Politische Bildung" – der aber nicht als ein eigener Unterrichtsgegenstand eingeführt wurde, sondern als ein Unterrichtsprinzip, das für alle Schulstufen und für alle Gegenstände geltend war. Das Unterrichtsprinzip bot aber zusätzlich allen Schülerinnen die Möglichkeit, "Politische Bildung" als "Freiwillige Übung" besuchen zu können. Durch diese Übung sollten die Schülerinnen "gezielt und inhaltsvoll" angesprochen werden können.

Da mein Schuldirektor obendrein über meine zuvor erfolgte Ernennung zum Mitglied der "Zentralen Arbeitsgruppe Politische Bildung" informiert war, die

im Unterrichtsministerium durch Bundesminister Fred Sinowatz eingerichtet worden war, konnte er dieses "gesetzeskonforme Bildungsangebot" meinerseits schlecht ablehnen. Er griff daher zu der oben erwähnten "Absicherung" durch Offenlegung und Rechtfertigung vor dem Lehrkörper. Für mich als engagierten Reformpädagogen, der in der Sache ein demokratisch-aufklärerisches Politikverständnis vertrat und der andererseits von den Lehrern stets als "der junge Kollege" bezeichnet wurde, war das Unterrichten tatsächlich eine Gratwanderung.

Brauchbare, im Unterricht einsetzbare Materialien gab es damals nur informell, im Gespräch zwischen Interessierten, aber nichts "ministeriell Genehmigtes". Hilfen und Anregungen für die Schulpraxis bekam man am ehesten aus der Bundesrepublik Deutschland.

Als Grundlage für die bisherige Unterrichtsarbeit führte ich das "Staatsbürgerkundebuch" aus dem Jahr 1967 von Friedrich Lehne an, einem Verwaltungs- und Verfassungsjuristen und Lehrbeauftragten für Staatsbürgerkunde an der Philosophischen Fakultät der Universität Wien, sowie das vom nachmaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer verfasste Standardwerk aus dem Jahr 1974 "Das politische System Österreichs".

Wie sahen meine Vorstellungen von Politischer Bildung damals aus? In meinem Referat bemühte ich mich, Politische Bildung als Allgemeinbildung (fern von Parteipolitik) im Lichte sozialkundlicher, historischer und psychologischer Erkenntnisse darzustellen. Das umfasste neben der Darlegung des Systems der Sozialpartnerschaft, Information über Parteiprogramme, Organisation von Lehrgängen in staatliche Gesetzgebungsorgane, Einladung von Experten sowie Darlegung des neuen Politikverständnisses.

Die Erarbeitung neuer Unterrichtsstoffe sollte in demokratischer Form gemeinsam mit den Schülern erfolgen, mittels Erörterungs-, Themenfindungs- und Entscheidungsvorgängen. Also "learning by doing, nicht "top down".

Mit einigen Zitaten aus dem neuen Grundsatzterlass "...gesellschaftliche Strukturen in ihrer Art und ihrer Bedingtheit zu erkennen...", "...Demokratie erfordere ein hohes Maß an Engagement...", "zu einer toleranten Einstellung gegenüber dem politisch Andersdenkenden führen..." schloss ich bei der Konferenz meinen "Rechtfertigungsvortrag" ab, Direktor und vom Kollegium schweigend zur Kenntnis genommen wurde.



Die schlimmen (ÖVP-)Buben in der Gesamtschule: Karikatur von Dirr in der AZ.

Nun hatten sich gezählte 31 Schüler zu dieser "Unverbindlichen Übung" angemeldet. Der Direktor weigerte sich aus "Werteinheitenzwängen", den Kurs zu teilen, sodass sich die Arbeit recht aufwändig war.

Auf der Grundlage des neuen Grundsatzterlasses "Politische Bildung" setzte Unterrichtsminister Sinowatz eine zweite Arbeitsgruppe ein, die "Zentralen Arbeitsgruppe Politische Bildung". Diese sollte nunmehr Unterlagen und Unterrichtsentwürfe für alle Schulstufen und für alle Gegenstände erarbeiten und damit für die Hand des Lehrers und der Lehrerin Modelle und Beispiele zur Umsetzung des "Unterrichtsprinzips" in der Schulpraxis bieten.

Wie zur Erstellung des Grundsatzterlasses setzte sich auch diese zweite Arbeitsgruppe aus Vertretern aller im Parlament befindlichen Parteien (damals SPÖ, ÖVP und die Oppositionspartei FPÖ) zusammen, ferner aus Experten von Universitäten und natürlich auch aus interessierten Schulpädagogen und Schulpädagoginnen. Die Federführung in beiden Gruppen hatte der damalige Abteilungsleiter des BMU für Politische Bildung und spätere Wiener Stadtschulratspräsident Kurt Scholz inne.

Mit der Einführung und Umsetzung der politischen Bildung im Schulwesen hat Unterrichtsminister Fred Sinowatz einen bedeutenden und wichtige Beitrag zur politischen Kultur und zur Erziehung eines demokratischen und emanzipatorisch-kritischen Bewusstseins geleistet. Man denke nur daran, dass der formal noch gültige Vorgängererlass zur "Staatsbürgerlichen Erziehung" noch aus dem Jahr 1949 (!) stammte.

Im Windschatten von Bundeskanzler Kreisky und bei seinem Amtsantritt von der Presse noch milde als "Hamlet vom Lande" belächelt, fallen in die

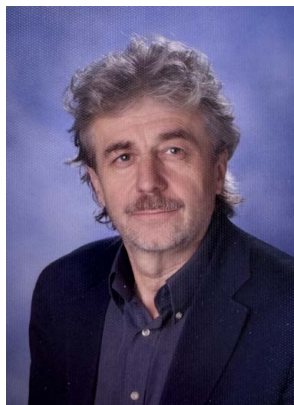
Amtszeit von Sinowatz als Unterrichtsminister wichtige, die Schulorganisation und den Schulunterricht betreffende, pädagogische und sozial fortschrittliche Maßnahmen: Gratisschulbücher, Schülerfreifahrten, flächendeckende verpflichtende Einführung der Koedukation, Errichtung höherer Schulen in den Bezirkshauptstädten sowie Ausbau und Errichtung von Oberstufenrealgymnasien (wodurch auch Hauptschulabsolventen zu einer Matura gelangen konnten) – und eben auch der erwähnte "Grundsatzerslass Politische Bildung" in den Schulen.

Die geschaffenen Lösungen entsprachen dem damals vorherrschenden konsensualen Denken und hatten meist Kompromisscharakter.

Eine Bilanz

Im Laufe der folgenden Jahre hat sich mein Engagement für Politische Bildung in Form einer "Unverbindlichen Übung" allerdings auf das Unterrichtsprinzip in meinen Stammfächern beschränkt. Heutzutage scheint mir das Unterrichtsprinzip "Politische Bildung in den Schulen" ein zwar anerkanntes, aber wenig angewandtes pädagogisches Mittel für eine demokratische Erziehung zu sein.

Der nach dem Ende der Ära Kreisky entstehende und immer stärker werdende politische Rechtsruck wirkte sich längerfristig betrachtet, auch auf den "Grundsatzerslass Politische Bildung" aus. Ein späterer Leiter der Abteilung für Politische Bildung im BMU bemühte sich, unter dem Schlagwort "zeitgemäße Modernisierung" alle Ansätze zu einer emanzipatorisch-kritischen Bildung zu entfernen. Die erfolgte Neufassung des Erlasses zur "Politischen Bildung" ging gleichsam unter "Ausschluss" der LehrerInnenöffentlichkeit und der Bildungsgesellschaft über die Bühne. Für größere Aufgaben der Politischen Bildung wurde eine eigene private Agentur beauftragt, die vom Unterrichtsministerium dafür finanziert wurde. Die Abteilung für Politische Bildung im BMU wurde schließlich als eigenständige Abteilung aufgelöst und dem Bereich der fächerübergreifenden Prinzipien eingeordnet.



*OStR Prof. Mag.
Gerhard Spangl
Autor zahlreicher
schulpolitischer und
pädagogischer Beiträge*

Aktion "Komitee AHS-Lehrer für die Neue Mittelschule"

Ein wichtiges Anliegen der Schulreformbewegung der 1970er Jahre war auch der Ausbau der Chancengleichheit in der Bildung. Als wesentlichstes Hindernis wurde dafür von der Erziehungswissenschaft die Aufteilung der SchülerInnen im Alter von zehn Jahren auf zwei unterschiedliche Bildungswege erkannt.

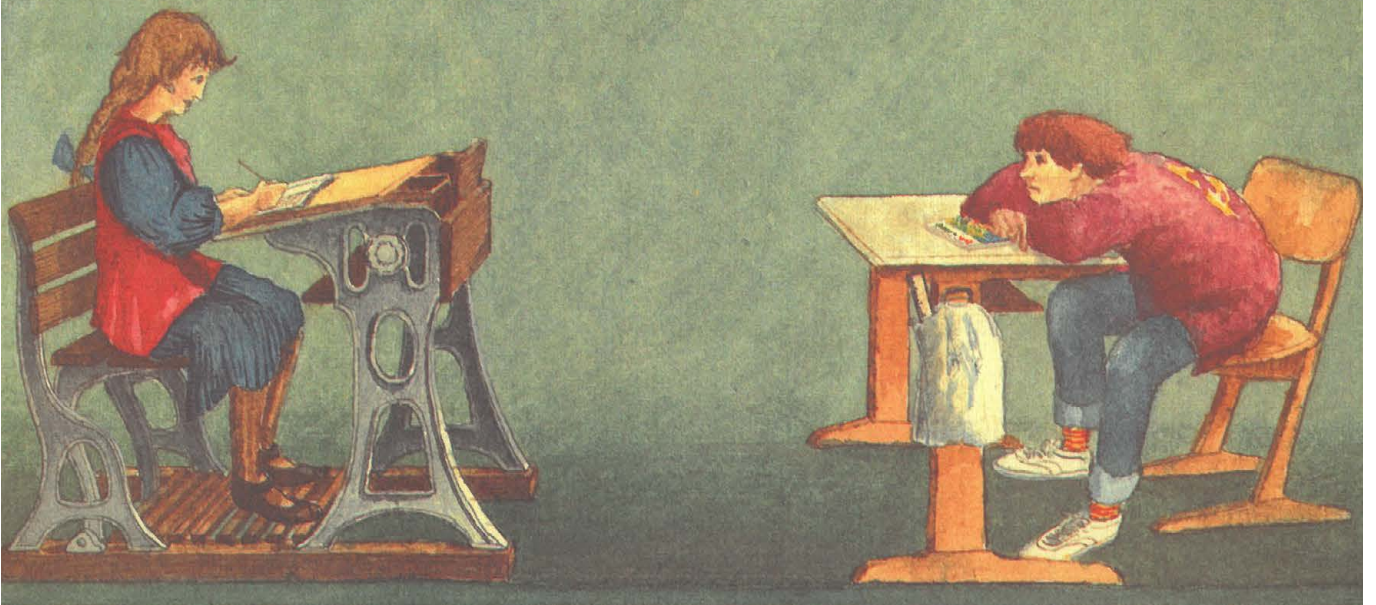
Bereits mit Beginn der Schulreform errichtete daher der Stadtschulrat für Wien Schulen für den gemeinsamen Unterricht von 10- bis 14-jährigen SchülerInnen unterschiedlicher VS-Benotung. Auch ich beteiligte mich wie eine Reihe anderer, meist jüngeren GymnasiallehrerInnen freiwillig am Aufbau dieser neuen Schule, die als "Integrierte Gesamtschule" (IGS) bezeichnet wurde und in der HauptschullehrerInnen und AHS-LehrerInnen gemeinsam unterrichten konnten. Ebenso gab es Unterstützung aus dem linkskatholischen Bereich.

Zu den heftig agierenden Gesamtschulgegnern zählten nicht nur die konservative Lehrerschaft und die ihnen nahestehende ÖVP, sondern auch – zu unserer Überraschung – sozialistischen AHS-Gewerkschafter. Für sie ging das "Standesinteresse" vor einer Bildungsreform. Besonders um die Zeit der Personalvertretungswahl 1979 erreichte der Schulkampf einen Höhepunkt und spaltete eine Zeitlang auch die im BSA organisierte sozialistische AHS-Lehrerschaft, die im Gegensatz zu den Pflichtschullehrern im "Bund sozialistischer Akademiker" (BSA-AHS-Lehrer) organisiert war.

Zur Förderung der Schulreform gründeten die Vertreter einer gemeinsamen Mittelstufe das "Komitee AHS-Lehrer für die Neue Mittelschule" das für die Anliegen der Reformpädagogik in der Lehrerschaft und in der Öffentlichkeit eintrat. Mit Aktionen, Veranstaltungen und Tagungen, mit einer Unterschriftenaktion und einer eigenen Zeitschrift wurde versucht, über eine Schulreform aufzuklären und für sie zu werben. Der Ausgang war aber bald klar: Innerhalb der ÖVP hatte inzwischen der radikal-konservative Flügel die Vorherrschaft errungen. Schulpolitisch profilierte er sich, indem deren Vertreter Schulreformen boykottierten.

Im Österreich benötigte man damals (aber nicht mehr heute!) für Änderungen in der Schulorganisation eine verfassungsmäßige 2/3 Mehrheit im Parlament – und die war aber auch in der Ära Kreisky nicht vorhanden. Innerhalb der sozialistischen AHS-Lehrerschaft war jedoch das "Komitee" erfolgreich: Mit Eva Tesar trat erstmals eine Vertreterin der Schulreformbewegung an die Spitze der BSA-Lehrerschaft.

SCHULE:
gestern – heute –
morgen? ...



A red square logo with a white border. Inside the square, the letters 'AK' are written in a bold, white, sans-serif font. The 'A' and 'K' are connected, with the 'K' having a slightly slanted, dynamic feel.

AK

A solid red square logo. In the center, the word 'WIEN' is written in a bold, white, sans-serif font.

WIEN
